

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zur Entwicklung in der DDR: Wende mit Egon Krenz?

Seite 1

Hans Böhler MdB zu den Aussichten von Egon Krenz: 100 Tage hat er nicht.

Seite 3

Ernst Welteke MdL zum Versuch, Göring als Zeugen gegen die Sozialdemokraten aufzubieten: Die Methode Wallmann.

Seite 5

Professor Klaus-Dieter Osswald MdB zum Empfang des PLO-Vertreters Bassam Abu Sharif in Bonn: Dialogfähigkeit ist die Voraussetzung für den Frieden.

Seite 6

44. Jahrgang / 202

19. Oktober 1989

Wende mit Egon Krenz?

Zur Entwicklung in der DDR

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Der 18. Oktober 1989 könnte nicht nur für die DDR als der Tag der Wende in die deutsche Geschichte eingehen.

Der neue Generalsekretär der SED, Egon Krenz, der an diesem Tag Erich Honecker ablöste, hat in seiner ersten Rede als Generalsekretär diese Wende versprochen.

Wende bedeutet zweierlei:

- Das Eingeständnis, daß die bisherige Politik nicht so fortgesetzt werden kann und das heißt eine Abkehr vom bisherigen Kurs des „Weiter so“ und
- das Versprechen, mit einer neuen Politik nach innen wie nach außen Vertrauen zu gewinnen.

Die Themen der Wende sind durch den Politbüro-Beschluß vom 11. Oktober 1989 (Neues Deutschland vom 12. Oktober 1989, Seite 1) vorgegeben: „Es geht um die Weiterführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es geht um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihren Nutzen für alle, um demokratisches Miteinander und engagierte Mitarbeit, um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung, um lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt. Es geht um den Beitrag unserer Republik für die Sicherung des Friedens in der Welt.“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendete Tinte
mit wertvoller Rückgabe
Recycling-Papier



Aus dieser Punktation muß nun Politik werden. Die nächste Sitzung des Zentralkomitees der SED wird dazu Vorschläge unterbreiten, die dann zu schnellen und umfassenden Entscheidungen führen müssen.

II.

Die dramatischen Tage zwischen dem 6. Oktober und dem gestrigen 18. Oktober 1989 haben eines deutlich gemacht: Die SED-Führung hat endlich begriffen, daß die „Weiter-so-Parole“ kein angemessenes Mittel gegen die Akzeptanzkrise der SED-Führung und die Existenzkrise der DDR ist. Egon Krenz ist derzeit der einzige Politiker, auf den sich die herrschende Klasse der DDR verständigen konnte und der willens ist, das „Staatsschiff“ DDR wieder auf Kurs zu bringen. Krenz gilt als entscheidungsstark und durchsetzungsfähig. Beides wird er brauchen.

Das Wichtigste: Die neue SED-Führung muß durch schnelle vertrauensbildende Maßnahmen den DDR-Bürgern eine Bleibeperspektive bieten: Krenz weiß ganz sicher, was die DDR-Bürger haben wollen: Informationsfreiheit, Meinungsfreiheit und Reisefreiheit. Dies wäre der Test für die Wende, wie dies der SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel formuliert hat.

III.

Programmatisch könnte nun auch der Satz werden, den Egon Krenz in seinem Einführungsvortrag bei den „Saarbrücker Gesprächen“ am 7. Juni 1989 gebracht hat, daß es kein „europäisches Haus ohne die allseitige Verwirklichung der Menschenrechte geben kann“. Hinzufügen müßte man: Es kann auch kein europäisches Haus geben ohne Demokratie in den Staaten, die Partner in diesem Haus sind. Das heißt, die DDR kommt an einem echten Parteien- und Organisationspluralismus nicht vorbei. Sie muß den inneren Dialog mit ihren Bürgern führen - offen und öffentlich!

IV.

Die DDR hatte sich Anfang der 80er Jahre nach außen Respekt und nach innen Zustimmung erworben durch ihre konstruktive Politik in den deutsch-deutschen Beziehungen, wie in ihrer Abrüstungspolitik aber insbesondere auf dem Höhepunkt der „Raketenkrise“ durch ihre Politik der Schadensbegrenzung und Dialogbereitschaft Handlungsspielraum gegenüber der UdSSR (die auf Dialogverweigerung drängte) gewonnen.

Von Egon Krenz wird erwartet, daß die DDR ein konstruktiver Partner in der Außen-, Friedens- und Deutschlandpolitik ist und durch umfassende Reformen im Innern diese Partnerschaft abstützt.

Die Bundesrepublik muß ein Interesse daran haben, daß die SED-Führung ihre hausgemachten Probleme so löst, daß die DDR-Bürger in der DDR bleiben und daß die DDR-Führung die deutsch-deutschen Beziehungen mit dem vereinbarten Ziel der normalen gutnachbarlichen Beziehungen weiterführt. Zu dieser deutsch-deutschen Normalisierungsperspektive gehört, daß die SED-Führung normalisierungsfähig ist.

Dies entscheidet sich im Innern der DDR. Dort muß die Wende stattfinden!

(-/19.10.1989/rs/ks)

* * *

100 Tage hat er nicht

Zu den Aussichten von Egon Krenz

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Zwar vollzog die SED den personellen Wechsel auf Druck der Öffentlichkeit früher als geplant, aber der Wechsel von Erich Honecker zu Egon Krenz wäre wohl auch unter anderen Bedingungen erfolgt. Die SED weicht dem Druck der Proteste und der Ausreise also im Zeitpunkt, nicht aber in der Sache. Dieses Motiv - Eingeständnisse bei eher Marginalien, Unbeweglichkeit im Kern - durchzog auch die Rede, mit der sich der neue SED-Generalsekretär gestern im Fernsehen präsentierte.

Es gehört zur Fairneß, festzustellen, daß die Fernsehrede mehr an Eingeständnissen von Fehlern und mehr Versprechen der Besserung enthielt, als man das von Egon Krenz, zum Beispiel nach dessen Auftritt in Saarbrücken, erwarten konnte.

Ob die Menschen, die zu Hunderttausenden für demokratische Reformen, Zulassung der neuen gesellschaftlichen Kräfte, mehr Transparenz und für Meinungsfreiheit demonstrieren, mit diesen Ankündigungen zufrieden sind, ist jedoch äußerst unwahrscheinlich. Sie werden gerade wegen Krenz' Verantwortung für die Kommunalwahl und ihre Überprüfung, wegen seiner Sympathie für die chinesischen Kommunisten nach dem Massaker in Peking besonders genau hingehört haben. Sie fordern Demokratie und freie Wahlen, Krenz verspricht die Stärkung der führenden Rolle der SED. Sie fordern freie Diskussionen und offene Meinungsbildung, Krenz verweist auf die vorhandenen Einrichtungen und Möglichkeiten.

Aber es gibt auch andere Anzeichen: Krenz war nicht nur verantwortlich für die harten Polizeieinsätze, sondern auch für die Zurückhaltung der Volkspolizei bei den Großdemonstrationen der letzten Tage; DDR-Wissenschaftler und SED-ZK-Mitglieder wie Professor Mayer und Professor Banaschak stellen sich den Fragen westlicher Fernsehjournalisten und eröffnen die Aussicht auf weitergehende Veränderungen in der DDR. Sollte Egon Krenz tatsächlich eine offene Debatte auch innerhalb der SED zulassen und Problemlösungen vom Ergebnis solcher Debatten abhängig machen, wäre die Demokratisierung der DDR ein Stück vorangekommen.

Die Rücktritte des Agitations- und Propaganda-Sekretärs Hermann und des für die Wirtschaft verantwortlichen Günter Mittag deuten an, daß der SED klar ist, wo wichtige Probleme liegen. Wenn deren noch unbekannte Nachfolger den Medien die freie Berichterstattung ermöglichen und die Wirtschaft den Wirtschaftsleuten, den Betrieben überlassen, um die Versorgung sowohl mit Lebensmitteln also auch mit modernen Konsumgütern endlich auf ein Niveau zu bringen, das wenigstens dem Leistungsstandard der DDR angemessen ist, wären auch das Fortschritte, die Anerkennung verdienten.

Aber die Lage der DDR ist durch die Abwanderung nicht leichter geworden. Ökonomisch werden sich die Lücken durch weniger Wachstum und also weniger, was verteilt werden kann, auswirken. Psychologisch kann sich die SED vielleicht bei den neuen Kräften bedanken, wenn die bedrückende Stimmung der „Hinterbliebenen“ durch das offensive „Wir sind das Volk! Wir bleiben hier!“ ersetzt worden ist.

In welche der möglichen Richtungen Egon Krenz die SED führen wird, ist nach gestern Abend nicht einmal in der Frage der Reisefreiheit klar geworden. Er verspricht mehr Reisefreiheit, schränkt dann gleich ein, Vorschriften würden vielleicht nur modifiziert werden können und versucht dann, wieder einmal die Bundesrepublik für die fehlende Freiheit in der DDR verantwortlich zu machen. Würde er dialektisch denken, würde ihm auch klar werden können, daß kein DDR-Bürger mehr Botschaften der Bundesrepublik in Anspruch nehmen würde, wenn es seiner freien Entscheidung überlassen wäre, ob und wohin er reist oder ausreist.

Egon Krenz läßt vieles offen. Die 100 Tage, die jedem in einem neuen Amt als Schonfrist eingeräumt werden, hat er in der gesellschaftlichen Krisensituation der DDR sicher nicht. Die Antworten müssen schneller gegeben werden, wenn sich die SED und die DDR stabilisieren sollen. Ich bin auch sicher, daß Krenz um freie Wahlen nach dem Vorbild der Sowjetunion auf die Dauer nicht herumkommen wird.

Wir Sozialdemokraten handeln in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz, mit den KSZE-Dokumenten, dem Grundlagenvertrag und dem Streitpapier mit der SED, wenn wir für demokratische Reformen in der DDR eintreten. Wir handeln in Übereinstimmung mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht, wenn wir sagen, wie diese Reformen aussehen werden, ist Sache des offenen Meinungsstreits der Menschen in der DDR.

(-/19.10.1989/rs/ks)

* * *

Die Methode Wallmann

Zum Versuch, Göring als Zeugen gegen die Sozialdemokraten aufzubieten

Von Ernst Welteke MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Eine „lectio gratis et privatissime“, auch in Sachen Parteigeschichte, wollte der hessische CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident Walter Wallmann halten, gerichtet an die Sozialdemokraten, im Landtag zu Wiesbaden. Die politischen Auseinandersetzungen um das Deutschlandlied und seine dritte Strophe sollten den Hintergrund bilden für eine Abrechnung mit der SPD aus Wallmanns rechtem Blickwinkel und für eine neue Art, sich der deutschen Geschichte zu bedienen, wenns nur dem eigenen Standpunkt nützt.

Doch es dürfte eher ein Fiasko sein, was Walter Wallmann da an politischem Flurschaden angerichtet hat, und möglicherweise werden ihn seine eigenen Worte bald wieder einholen. Denn niemand anders als einen der führenden Nazi-Chargen und verurteilten Kriegsverbrecher, Hermann Göring, bemühte der hessische Ministerpräsident um mit einem Zitat aus dessen Mund darauf hinzuweisen, daß so ganz einwandfrei das Verhalten der SPD im Jahre 1933 nicht gewesen sein könne. Man kann fast vermuten, daß noch mehr unterstellt werden soll, denn die Einführung des Zeugen Göring hat Methode und gehört mit zu den Tricks und Schlichen, mit denen sich Walter Wallmann immer wieder in der deutschen Geschichte bedient.

Die denkwürdige Sitzung des Reichstages am 17. Mai 1933 hat Herr Wallmann ausgegraben, um vorzuführen, daß die SPD-Reichstagsabgeordneten so unschuldig auch nicht gewesen seien. Im Anschluß an diese Sitzung, auf der über eine außenpolitische Erklärung der Reichsregierung abgestimmt wurde, erklang das Deutschlandlied, auch aus den Kehlen der SPD-Abgeordneten. Hier nun aber hört Wallmann auf, sich wohl bewußt, daß er damit unterstellt, die SPD und die Nazis hätten durchaus gemeinsame Sache gemacht. Daß an diesem Tage nicht jeder Sänger das gleiche gedacht hat, hört man nicht aus dem Mund des hessischen Ministerpräsidenten, aber darauf kam es ihm auch nicht an. Denn er hätte sagen müssen, daß bereits 18 SPD-Abgeordnete verhaftet waren, daß einer bereits tot war, und daß, wie es Wilhelm Hoegner richtig beschrieb, „manchen die Tränen über die Wangen liefen“.

Es hätte Herrn Wallmann gut angestanden, Hoegner zu zitieren, und die Situation ein wenig fundierter zu schildern, anstatt provokant Göring in den Hessischen Landtag einzuführen. Und er hätte sagen können, daß die Nazis unmittelbar danach, auch im Reichstag noch das Horst-Wessel-Lied anstimmten.

Weicher Geist wehte da schon!

Aber der CDU-Politiker Wallmann hatte ja nicht die deutsche Geschichte im Visier, sondern die Sozialdemokraten, die er ins Zwielicht setzen will.

Es ist ihm nicht gelungen, aber so einfach kann man nicht darüber zur Tagesordnung übergehen. Denn es ist zu befürchten, daß dies kein Ausrutscher war, sondern nur Glied in einer Kette, und damit politischer Überzeugung entspringt. Denn wir kennen Walter Wallmann, sein politisches Weltbild und seine Unfähigkeit kritisch zu hinterfragen.

(-/19.10.1989/rs/ks)

* * *

Dialogfähigkeit ist die Voraussetzung für den Frieden

**Zum Empfang des PLO-Vertreters Bassam Abu Sharif durch Staatssekretär Dr. Sudhoff
vom Auswärtigen Amt**

**Von Professor Klaus-Dieter Osswald MdB
Sprecher der SPD-Fraktion in der „Parlamentarischen Vereinigung für
Euro-Arabische Zusammenarbeit“**

Die Aufwertung der Beziehungen der Bundesregierung zur PLO ist einhellig zu begrüßen. Trotz israelischer Proteste muß es als völlig normal und politisch auch als notwendig gewertet werden, wenn die Bundesregierung in ihren außenpolitischen Konsultationen auch mit hochrangigen Vertretern der PLO spricht. Die deutsche Enthaltensamkeit gehört damit nun der Vergangenheit an. Außer der israelischen Regierung spricht inzwischen fast die ganze Welt mit der PLO und erkennt damit an, daß die Führung des palästinensischen Volkes es mit seinem Willen zur friedlichen Koexistenz mit Israel ernst meint.

Nachdem auch neben den Supermächten USA und Sowjetunion alle wichtigen EG-Länder ihr Verhältnis mit der PLO normalisiert haben, ist die Bundesrepublik das letzte wichtige EG-Land, das diesen Schritt vollzieht. Er ist zudem eher bescheiden, nachdem in anderen europäischen Ländern die PLO auch formell aufgewertet wurde und in Paris Staatspräsident Mitterrand Jassir Arafat mit allen protokollarischen Ehren empfangen hat.

Die deutsche Zurückhaltung in dieser Frage war lange Zeit zumindest verständlich. Zu groß war die Befürchtung, sich mit Gruppen einzulassen, deren Ziel die Zerstörung Israels ist. Dies war angesichts der historischen Schuld Deutschlands am Judentum ein unerträglicher Gedanke.

Diese Befürchtungen sind durch die Entwicklungen im politischen Selbstverständnis der PLO nun aber nicht mehr aufrecht zu erhalten. In einem bestimmt nicht leichten Prozeß der Anerkennung der Realitäten hat das palästinensische Volk und seine Führung nun das erfüllt, was Israel und die übrige Welt seit 40 Jahren forderte: die Anerkennung des Existenzrechts des israelischen Staates und die Bereitschaft, die Teilung Palästinas damit zu akzeptieren. Es ist unverständlich und schon fast paradox, daß nun ein Teil der Israelis nicht bereit sein will, dem palästinensischen Volk das Recht zuzugestehen, im Restteil des ehemaligen Palästina in einem eigenen Staat zu leben.

Erfreulicherweise wird derjenige Teil der israelischen Öffentlichkeit und Politik kontinuierlich größer, der dies als Voraussetzung für den Frieden akzeptiert und daher auf Verhandlungen, auch mit der PLO, setzt. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Israel hat heute dafür, anders als bei Camp-David, nicht nur die Unterstützung des Westens, sondern auch der übrigen Welt und auch der arabischen Länder. Der weltweiten Meinung, daß Friedensverhandlungen in internationalem Rahmen und mit internationalen Garantien für Israel erfolgen sollten, kann Israel sich daher nicht mehr länger entziehen.

Das Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes ist eines der höchsten Rechtsgüter. Israel hat es sich selbst erst mühsam erkämpft. Dieses Recht ist aber auch unteilbar. Die Glaubwürdigkeit Israels wird immer mehr auch daran gemessen werden, inwieweit es dieses Recht auf Selbstbestimmung auch seinen palästinensischen Nachbarn zugesteht.

(-/19.10.1989/rs/ks)

* * *